



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/3622

VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

 März 2023

Mein Aktenzeichen
0102-0003#2023/
0004-0301 34
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Marko Andelic
marko.andelic@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3210
06131 16-17-3210

Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023
TOP 7a: „Geldautomatensprengungen in Rheinland-Pfalz“
Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/3154 -
TOP 7c: „Sprengung von Geldautomaten“
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/3283 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023 wurde zu den Tagesordnungspunkten 7a „Geldautomatensprengungen in Rheinland-Pfalz“ und 7c „Sprengung von Geldautomaten“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Ebling

Anlage



Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023

TOP 7a: „Geldautomatensprengungen in Rheinland-Pfalz“

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/3154 -

TOP 7c: „Sprengung von Geldautomaten“

Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 18/3283 -

Mit immer größer werdender Skrupellosigkeit und Brutalität haben kriminelle Banden Geldautomaten deutscher Banken ins Visier genommen und richten nicht nur einen immensen Schaden in Millionenhöhe an, sondern gefährden das Leben anderer. Zuletzt wurde bei der Sprengung eines Geldautomaten in Neustadt (Wied) am 11. Januar 2023 eine im 2. Obergeschoss des betreffenden Anwesens wohnende 14-Jährige verletzt. Nach Information der Polizei in Koblenz geht es ihr den Umständen entsprechend gut. Ein ebenfalls durch eine Geldautomatensprengung im Dezember 2022 verletzter Wachmann leidet weiterhin an den Folgen der Tat und ist noch nicht arbeitsfähig. Neben den bundesweiten und damit auch in Rheinland-Pfalz steigenden Fallzahlen tritt gegenwärtig jedoch eine Erhöhung des Gefährdungspotentials hinzu.

Die Fallzahlen im Bundesgebiet im Jahr 2022 werden die Vorjahreszahl von 392 deutlich übersteigen. Die genaue Zahl, welche das Bundeskriminalamt herausgibt, liegt noch nicht vor. Sie wird aber deutlich über 450 Fällen liegen.

In Rheinland-Pfalz sind im Jahr 2022 mehr als doppelt so viele Geldautomatensprengungen wie im Vorjahr, nämlich 56 gegenüber 23 Fällen in 2021 zu verzeichnen. Im neuen Jahr 2023 hat die Polizei bereits neun derartige Straftaten gezählt. Dabei haben seit 2020 die Angriffe mit Festsprengstoffen zugenommen. Davor wurden sprengfähige Gasmische in die Automaten eingeleitet oder physikalische Gewalt angewendet. In Rheinland-Pfalz sind im letzten Jahr in über 80% der Fälle Festsprengstofftaten zu verzeichnen gewesen, was eine Erhöhung der Gefahren insbesondere für unbeteiligte Dritte und für die eingesetzten Kräfte zur Folge hat. Nach Erkenntnissen des LKA sind gegenwärtig fast ausschließlich professionelle niederländische Tätergruppierungen aus den Ballungszentren Amsterdam und Utrecht für die Sprengangriffe verantwortlich. Aufgrund des hohen Anteils der Fälle in den westlichen Bundesländern deuten alles darauf hin, dass die steigende Anzahl von Geldautomatensprengungen in Deutschland hauptsächlich auf intensive Präventionsmaßnahmen der Banken in den Niederlanden und der daraus



resultierenden Verlagerung der Tatgelegenheiten nach Deutschland zurückzuführen ist. Demzufolge hat also ein Verdrängungseffekt eingesetzt.

An dieser Stelle wird in Rheinland-Pfalz angesetzt. In einem intensiven Austausch mit Vertreterinnen und Vertreter der Dachverbände der in Rheinland-Pfalz tätigen Banken und Sparkassen einigten sich die Beteiligten auf den Inhalt einer Kooperationsvereinbarung zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Sie beinhaltet eine umfassende Informationserhebung über die Standorte der Automaten und ihre Beschaffenheit sowie den Austausch dieser Informationen zwischen den Banken und der Polizei. Die Polizei wird anhand dieser Informationen eine Einschätzung zur Risikoanalyse abgeben, welche die Banken in die Lage versetzt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Zur Tauglichkeit von Maßnahmen kann auf die sicherungstechnischen Empfehlungen aus der gemeinsamen Erklärung des Runden Tisches „Geldautomatensprengungen“ des BMI mit der Deutschen Kreditwirtschaft vom 8. November 2022 Bezug genommen werden. Am konkreten Einzelfall, d. h. am konkreten Automaten orientiert, sollen Präventionsmaßnahmen entweder einzeln oder kumulativ angewandt werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um den Nachtverschluss, die elektronische Überwachung der Zugänge, den Einsatz von Nebelsystemen, den Einsatz von Einfärbesystemen, den mechanischen Schutz am Geldautomaten, die Videoüberwachung am Automaten und im Foyer, die Reduktion der Bestückungssummen, die Durchführung einer Gefährdungs- / Risikoanalyse sowie die Datenzulieferung an die Polizei. Die bis hierher genannten Maßnahmen werden seit Jahren vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz empfohlen.

Aus den teilnehmenden Dachverbänden haben der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz, der Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e. V. und die Sparda Bank Südwest eG die Vereinbarung bereits mitgezeichnet. Der Bankenverband Mitte teilte zwar mit, dass er die rheinland-pfälzische Initiative unterstütze, aber der Auffassung sei, dass die Gemeinsame Erklärung aus dem Runden Tisch beim BMI vom 08. November 2022 keine landespezifische Differenzierung zulasse. Der Bankenverband ist der Kooperationsvereinbarung nicht schriftlich beigetreten, hat aber Ansprechstellen für den Informationsaustausch übermittelt.



Die Polizei in Rheinland-Pfalz begegnet der Kriminalitätsentwicklung durch einen ganzheitlichen Ansatz. Dieser sieht vor, dass die Ermittlungen gegen professionelle Tätergruppen zentral beim Landeskriminalamt geführt werden und die Flächenpolizeipräsidien dabei unterstützen. Dieses Vorgehen wird seitens der Justiz durch eine zentrale Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mainz fortgeführt. Im Zuge der Ermittlungen konnten bereits mehrere Festnahmen erreicht werden, die in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2021 und 2022 zu insgesamt 14 rechtskräftigen Verurteilungen geführt haben. Daneben investieren die Polizeipräsidien viel Kraft in Kontrollmaßnahmen und Fahndungsarbeit vor allem zu tatrelevanten Zeiten. Dadurch sollen besonders eine sichtbare Präsenz gewährleistet und das Sicherheitsgefühl gestärkt werden. Zuletzt ist beim Polizeipräsidium Koblenz die Festnahme von zwei Tatverdächtigen im Anschluss an einen Sprengangriff in der Nacht zum 31. Januar 2023 gelungen. Alle genannten Maßnahmen werden stetig an die Lageentwicklung und neuere Erkenntnisse zum Tätervorgehen angepasst und – wo nötig – weiter intensiviert. Schließlich versucht die Polizei durch gezielte Weitergabe von Informationen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und bei der Zusammenarbeit in Präventionsfragen einzuwirken. Das Kriminalitätsgeschehen in diesem Phänomenbereich lässt sich nur durch gemeinsame Anstrengungen und das Bündeln aller vorhandenen Kräfte wirksam eindämmen.